

STELLUNGNAHME

ZUM SPD-DIALOGPAPIER „Neue Erfolge für den Mittelstand“

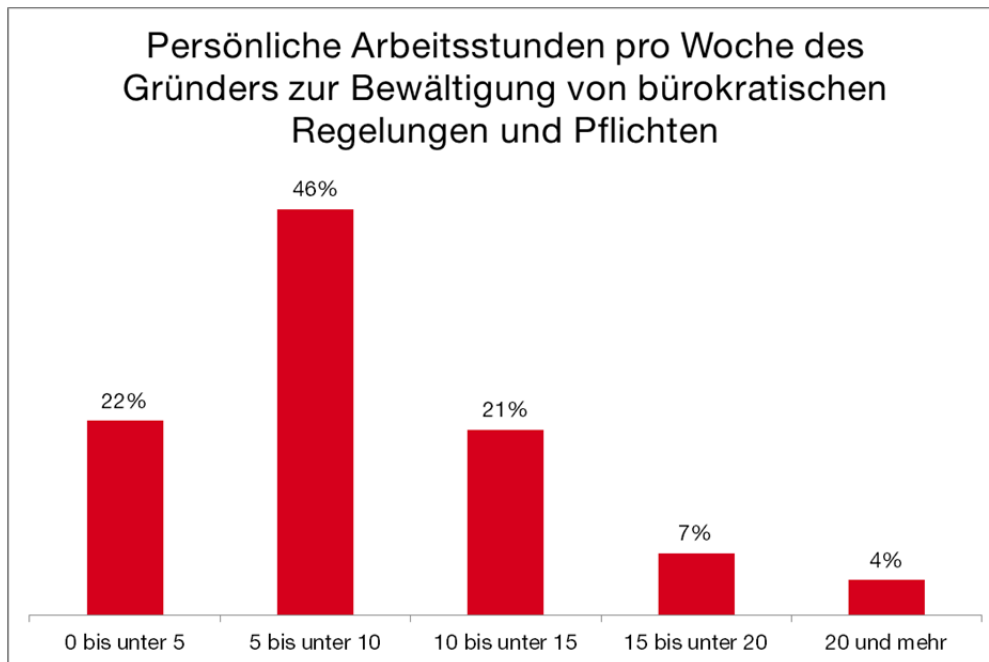
Vorbemerkung

Wir begrüßen es, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion mit der wichtigen Frage beschäftigt, welchen Beitrag die Politik leisten kann, damit gerade kleinere und mittlere Unternehmen Innovationen stemmen können. Angesichts der Herausforderungen, denen die deutsche Wirtschaft gegenüber steht, ist dies eine sehr wichtige Fragestellung. So verändern beispielsweise digitale Technologien das Wettbewerbsumfeld enorm. Es ist deshalb existentiell zu überlegen, mit welchen Maßnahmen die Politik zur Bewältigung dieser großen Herausforderungen beitragen kann. Wie es in dem Dialogpapier richtig heißt, bilden gerade die kleinen und mittleren Unternehmen das „wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Rückgrat des Standorts Deutschland“.

Die meisten dieser Unternehmen sind inhabergeführt und konnten sich in der Vergangenheit immer auf den starken Rückhalt ihrer Eigentümerfamilie verlassen. Diese im internationalen Vergleich besondere Struktur hat entscheidend dazu beigetragen, dass die deutsche Wirtschaft vergangene Herausforderungen erfolgreich bewältigen konnte. Hierzu zählt die Finanzkrise, in der viele deutsche Familienunternehmen ihre Beschäftigten trotz eines starken Einbruchs der Aufträge gehalten haben. Das langfristige Denken der deutschen Familienunternehmen hat dazu beigetragen, dass sie in der Vergangenheit besonders innovativ waren. Die Stärkung der Innovationskraft in Deutschland kann nur dann nachhaltig gelingen, wenn die deutschen Unternehmen gestärkt werden.

Stärkung der Innovationskraft durch Stärkung der Unternehmen

Aus Sicht der jungen Unternehmer ist es deshalb die zentrale Aufgabe einer erfolgreichen Innovationspolitik die Kraft der Unternehmen zur Organisation und Finanzierung von Forschung und Entwicklung zu stärken. Hierzu ist es einerseits nötig, die Unternehmen von Bürokratie zu entlasten. Denn gerade kleinere und mittlere Unternehmen haben oft nicht die nötigen Ressourcen, um Regulierungsspezialisten zur Bewältigung bürokratischer Pflichten einzustellen. Diese Aufgabe fällt deswegen häufig auf die Geschäftsführung zurück – die hierfür nötige Zeit fehlt dann aber bei der eigentlich nötigen Weiterentwicklung des eigenen Geschäftsmodells und des Vorantreibens technischer Innovationen. Eine Umfrage von DIE JUNGEN UNTERNEHMER unter Unternehmensgründern verdeutlicht diese negative Auswirkung von Bürokratie deutlich: So geben 78 Prozent der Gründer an, dass sie mindestens fünf Stunden pro Woche mit der Bewältigung bürokratischer Pflichten beschäftigt sind. 32 Prozent müssen sogar zehn oder mehr Stunden in der Woche auf die Bewältigung bürokratischer Aufgaben verwenden.



Für eine erfolgreiche Innovationsstrategie ist es zudem notwendig, dass Unternehmen über eine ausreichend hohe Eigenkapitalbasis verfügen. Nur so können sie Entwicklungsarbeit bezahlen und gegebenenfalls auch in Phasen wirtschaftlicher Schwäche fortführen. Die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen in Deutschland ist deswegen der wichtigste Hebel, der der Politik zur Verfügung steht, um Innovationen zu ermöglichen und zu befördern.

Im Kontext der Erbschaftsteuerreform ist es daher von großem Risiko für den Industriestandort Deutschland, wenn es – derzeit im europaweiten Steuerwettbewerb einzigartig – zu einer Verschlechterung der Möglichkeiten kommt, Eigenkapital zu erhalten bzw. aufzubauen. Für ein geringes Steuermehraufkommen wird das Risiko in Kauf genommen, gerade den größeren Mittelstand, wie er für die deutsche Industriestruktur typisch ist, zu schwächen. Es geht hier um DEN Innovationsmotor des Landes. Gerade die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in der seit Ende 2014 hierzu laufenden Diskussion leider als unsensibel für die erbschaftsteuerlichen Sorgen des Mittelstandes erwiesen. Zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des deutschen Mittelstandes wäre es jedoch entscheidend, die geäußerten Sorgen ernst zu nehmen und zu berücksichtigen.

In einem zweiten Schritt muss über die Einführung eines finanzierungsneutralen Steuermodells diskutiert werden. Dessen Umsetzung wäre ein sehr effektiver und gerechter Weg, um die Eigenkapitalbasis und Innovationskraft der Unternehmen zu stärken. Zugleich würde ein finanzierungsneutrales Steuersystem die Stabilität von Realwirtschaft und Finanzsektor erhöhen, da es die steuerlichen Fehlanreize für eine höhere Verschuldung aufheben würde. Eigenkapitalkosten werden zurzeit schlechter behandelt als Fremdfinanzierungskosten – denn nur letztere dürfen steuerlich als Kosten abgesetzt werden. Dies führt zu dem vollkommen falschen Anreiz, dass es sich für Unternehmen steuerlich lohnt, möglichst wenig Eigenkapital einzusetzen. DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern deswegen die steuerliche Berücksichtigung der Eigenkapitalkosten, um diesen Fehlanreiz zu beseitigen.

Darüber hinaus sollte die Politik beachten, dass natürlich alle Steuern und Abgaben in Summe den Unternehmensgewinn belasten und damit die Möglichkeiten zur Finanzierung von Innovationen einschränken. Wir können deswegen nur davor warnen, die Belastung durch Steuern und Abgaben noch weiter zu erhöhen (hierzu zählen ausdrücklich auch weitere Kosten wie die ausufernden Energiepreise oder die Betriebsstättenabgabe)!

Auf die richtigen Rahmenbedingungen kommt es an!

In der Sozialen Marktwirtschaft fällt der Politik die Aufgabe zu, die Rahmenbedingungen zu gestalten, sich aber aus dem eigentlichen Wirtschaftsgeschehen herauszuhalten. Dies gilt aus Sicht der jungen Unternehmer gerade auch für die Entwicklung einer nachhaltigen Innovationsstrategie zur Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen. Da Politik und Verwaltung im Einzelfall nicht wissen können, welche konkrete technische Innovation den meisten Erfolg verspricht, sollten sie sich hier auch nicht einmischen. Neben der vorangegangenen bereits beschriebenen Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Bereichen Bürokratieabbau und finanzielle Belastungen kommt aus Sicht von DIE JUNGEN UNTERNEHMER den Bereichen Infrastruktur und Bildung eine entscheidende Rolle zu. In beiden Politikfeldern kommt es jetzt darauf an, die Herausforderungen der Digitalisierung anzunehmen. Dies bedeutet, im Bereich der Infrastrukturpolitik vor allem den Ausbau des Glasfasernetzes konsequent voranzutreiben. Denn nur Glasfasern können die notwendige Bandbreite für die nächsten Jahrzehnte bereitstellen. Alle anderen Technologien können den Glasfaserausbau nicht ersetzen.

Im Bereich der Bildungspolitik wird es aus unserer Sicht darauf ankommen, den Zweiklang aus Fordern und Fördern zu stärken, sowie die Förderung von Eigenständigkeit und Kreativität hervorzuheben: In einer digitalen Gesellschaft sind die wichtigsten Vorteile des Menschen seine Fähigkeiten zu kreativem Denken, zur flexiblen Anpassung an die unterschiedlichsten Anforderungen, zu Reflexion und kritischem Denken und zur komplexen Kommunikation. All diese Fähigkeiten erfordern eine hohe Eigenständigkeit und eine Erziehung, die darauf aus ist, Kreativität, Neugier und Eigenverantwortung zu fördern.

Dialogpapier: Neue Erfolge für den Mittelstand

Bei der Überarbeitung des Papiers sollten die obigen Punkte berücksichtigt werden. In der Gestaltung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln liegt der Schlüssel zur Stärkung der Innovationskraft gerade der kleinen und mittleren Unternehmen. Hierzu zählen, wie beschrieben, die Punkte Bürokratieabbau, Stärkung der Eigenkapitalbasis, Erhalt und zukunftsfähiger Ausbau der Infrastruktur sowie die zukunftsorientierte Umgestaltung unseres Bildungssystems. Diese Punkte sollten aus Sicht von DIE JUNGEN UNTERNEHMER bei der Überarbeitung des Papiers unbedingt aufgenommen werden.

Zudem ist aus Sicht der jungen Unternehmer anzumerken, dass die positive Sichtweise auf staatliche FuE-Zuschüsse nicht geteilt wird. Grundsätzlich sind solche Instrumente sehr bürokratieintensiv und wenig zielführend. Stattdessen sollte der Fokus wie beschrieben auf der Eigenkapitalstärkung liegen – bei einer ausreichenden finanziellen Ausstattung brauchen Unternehmen keine Förderung, um Innovationen zu bezahlen. Aus diesem Grund sprechen sich die jungen Unternehmer auch grundsätzlich gegen eine steuerliche Forschungsförderung aus.